



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1924

29 (18.1.1924) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-213461](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-213461)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugpreise: In Mannheim und Umgebung vom 17 bis 25. Januar 1924: 60 Gold-Pfg. Die monatliche Bezahlung beträgt 1,80 Gold-Pfg. Die monatliche Bezahlung beträgt 1,80 Gold-Pfg. Die monatliche Bezahlung beträgt 1,80 Gold-Pfg.

Abzugspreise nach Carl, bei Vorauszahlung von einjährig 1,20 Gold-Pfg. Die monatliche Bezahlung beträgt 1,20 Gold-Pfg. Die monatliche Bezahlung beträgt 1,20 Gold-Pfg.

Beilagen: Der Sport vom Sonntag - Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Der Frankensturz vor der Kammer

Poincaré erhält das Vertrauen

Sofort nach Beginn der gestrigen Sitzung der Kammer legte der Finanzminister der Kammer die Vorlagen vor, durch die dem Frankensturz entgegengehandelt werden soll. Diese Vorlagen wurden der Finanzkommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen. Hierauf ergriff Poincaré zu einer längeren Rede das Wort. Er erklärte, daß die Regierung von der Finanzkommission die dringende Prüfung der ihr unterbreiteten Vorlagen fordere, jedoch diese der Kammer bereits am nächsten Dienstag zur Diskussion vorlegen werden können. Er habe sich der Finanzkommission für alle ergangenen Aufklärungen zur Verfügung. Die Regierung werde für die Annahme der Vorlagen durch die Kammer und den Senat die Vertrauensfrage stellen. Zur näheren Besprechung der Finanzlage übergehend, erklärte Poincaré, daß Frankreich während des Krieges ernsthafte Anstrengungen gemacht habe, um die Kriegslast zu erleichtern. Die Kriegslast sei einig und allein deshalb gefallen, weil Deutschland die Reparationen nicht bezahle. Frankreich sei entschlossen, auf der bisherigen Reparationspolitik zu beharren, die allein zu einer Besserung der Lage führen könne. Er führte eine Reihe von Zahlen an, um zu beweisen, daß die Handhabung der Steuereinnahmen und die Wirtschafts- und Finanzlage im allgemeinen sich gebessert haben. Die Regierung sei fest entschlossen, nicht zur Inflation Zuflucht zu nehmen. Um die gegenwärtige Krise zu überwinden, werde man nicht vor radikaler Unterdrückung zurückbleiben. Alle neuen Ausgaben müßten bis zur Besserung der Lage hinausgeschoben werden. Einsparungen größeren Stils seien erforderlich. Die Regierung hoffe, daß auf der Grundlage des Planes Marins jährlich eine Mil-

iarde Franken eingespart werden könne. Poincaré kündigte ferner an, daß die Kammer wählen im Mai stattfinden werden. Diese Erklärung, als erste offizielle Äußerung über das Datum der Kammerwahlen, erregt ein gewisses Aufsehen, da in den letzten Tagen verschiedene Zeitungen das Gerücht verbreitet hatten, die Regierung werde die Wahlen bis zum Herbst hinausschieben, weil ihr im Mai eine Niederlage fast sicher wäre. Poincaré erklärte weiterhin, daß die Regierung dem Steuerbeitrag mit aller Strenge entgegenzutreten werde. Die Steuerentrichtung sei eine patriotische Pflicht. Die Regierung werde keine Anstrengung scheuen, um der inneren und äußeren Feinde Frankreichs Herr zu werden. Bei diesen letzten Worten wandte sich Poincaré nach der linken Seite der Kammer, was auf der rechten Seite Beifall und auf der linken Protestrufe zur Folge hatte. Die Kammer ging darauf zur Besprechung der Interpellation des Abg. Dubousson über, der zu wissen wünschte, weshalb die Regierung beschloß, die Vertrauensvorlage zu verlegen. Die Kammer beschloß die sofortige Diskussion dieser Interpellation. Poincaré erklärte, daß die Regierung sich der sofortigen Besprechung widersetze und die Vertrauensfrage stelle. Die Kammer beschloß darauf nach einer kurzen Unterbrechung mit 394 gegen 180 Stimmen im Sinne Poincarés.

Das saumjelige Frankreich

Senator Borah erklärte im amerikanischen Senat, die fremden Regierungen müßten energisch zur Zahlung ihrer Schulden an die Bereinigten Staaten aufgefordert werden, damit das Washingtoner Kabinett die Steuern herabsetzen könne. Frankreich löse an die Bereinigten Staaten nicht einmal die Zinsen seiner Schulden entrichten und es unternehme keinerlei Anstrengungen, um das Kapital derselben zu konsolidieren. Wenn es sich um eine Anleihefrage zwischen Privatpersonen handelte, so würden die Gläubiger das Recht haben, eine solche Haltung als Nichtanerkennung der Schuld anzusehen.

Der 18. Januar und Wir

Von Geheimrat Dr. Kuntze, R. d. R.

Wie im Leben der Einzelnen Glück und Unglück, Wohlereben und Not Erlehnungsmittel in der Hand des Einzelwillens sind, so auch im Leben der Völker. Doch für beide sind Reize der Not fruchtbarer als Reize des Glücks, denn beide bringen den Menschen so leicht ab von seiner eigentlichen Lebensaufgabe und lassen ihn aufstehen in ärmlicher Lebensauffassung und Lebensbetätigung und sind so einer tieferen Einstellung o. dem hinberück, während Reize der Not ihn verinnerlichen und reif machen für tiefes seelisches Erleben und Selbstbewußtsein. Auch im Werden der Völker sind Reize äußerlicher Hochkonjunktur für den innerweltlichen Fortschritt wenig fruchtbar und oft sogar schädlich, während Reize der Not den nationalen Lebenswillen eines Volkes härten, En- und Aufricht geben.

Die Geschichte der letzten hundert Jahre unseres Volkes bezeugt diese Erfahrungswelt. Gerade die Zeiten tieferer Erniedrigung waren es, die es national wieder aufleben ließen und das Streben nach härterer deutsch-kultureller Kraftwirkung in ihm weckten und so dem Boden bereiten, aus dem dann die Sehnsucht nach nationalen Idealen aufwuchs, die es zusammenschloß und in der deutschen Einheit als dem Anker eines einheitlich einseitigen deutsch-kulturellen Kraftwillens und seines sichtbaren Ausdrucks im deutschen Kaiserthum. Wie wenig fruchtbar dagegen waren nach der seelischen Seite hin die Jahre des politischen und wirtschaftlichen Hochstandes, die unter Volk geradezu abwärts machten, von seiner archaischen Kulturmilieu, archaischer Kultur unter den Völkern zu sein und ihm allmählich die innere Widerstandskraft zu nehmen und so mit den nationalen Zusammenbruch herbeiführten, den wir alle leidvoll erleben. Wären auch viele Einzelurkunden Schuld an diesem Zusammenbrüche sein. Die Hauptursache ist der Mangel an nationalen Idealen. Ideale sind nur einmal die Richtschnur des Einzelwillens für ein Volk. Ein Volk, das seine Ideale mehr hat, hat auch die Fähigkeit mit dem Einzelwillen verloren und muß, im weltlich-sittlichen Sinne unproduktiv untergehen.

Ein 18. Januar war es, der dem deutschen Volke die Verwirklichung seines Ideals, die nationale Einheit, innerlich brachte. Wie oft haben wir seit jener Zeit dieses nationalen Gedankens seelisch genossen in Festen und Festesfreude. Ein innerseelisches Erleben war es nicht, innerseelische Wirkung hat es trotz aller äußeren Aufmachung nur bei wenigen gehabt. Von Glück und Gnanz des Alltags hob er sich zu wenig ab, als daß er uns befähigt hätte stimmen können. Heute aber beehren wir den Tag zu einer Zeit unvollständiger nationaler Not. Schmerzlich wuchert das Leid unseres Volkes auf einem Leben von uns. Wir fühlen es alle, das große Erbe jener Tage ist gefährdet, in Frage steht der Weiterbestand des Deutschen Reiches; denn im Innern wirken unheilvoll wirkende Kräfte, von außen wird jede nationale Selbstständigkeit zielbewußt abgebaut. Zu solchen Zeiten muß uns ein 18. Januar befehlen dem 18. März, nicht unter die Erde zu sinken und nicht nach den Reiz- und Sinnenwerten, die damals die mancherlei Sonderwillen und kommerziellen Bestrebungen zuleht doch einheitlich einstellte und zusammenführte. Sie alle wieder zu wecken und von neuem zu beleben, ist die große und lebenswichtige Aufgabe der Gegenwart und Zukunft.

Der 18. Januar sei ein erster Mahner. Zwei Grundkräfte sind es, die die Sehnsucht nach nationaler Einheit wecken und diese dann auch, nachdem sie einmal das ganze Volk ergriffen hatte, herbeiführten: Liebe zum Vaterland und Wille zur nationalen Selbstbehauptung. Liebe zum Vaterland ist die nationale Formel, die nicht als leere Formel u. auch nicht als geographischer Begriff, sondern Vaterland als Inbegriff aller Volkswerte, die es seelisch bereichern und sein Leben verinnerlichen: Glaube und Heimat, Sittlichkeit und Brauch, Märchen und Sage, Lied und Volkston, Schlang und Dichtung, Sprache und Wunder, Ruff und Widerer. Alles ist Vaterland. Jedes ein Teilwert dieses nationalen Gutes. Und die Pflege des Einzelwertes ist heiliger Dienst am ganzen Vaterlande.

Und neben der Liebe zum Vaterland als weitere treibende und national gestaltende Kraft der Wille zur nationalen Selbstbehauptung, als zusammenfassender Ausdruck für das Einsehen des Einzelnen und des gesamten Volkes, sich als wertvoller kultureller Wertfaktor erfolgreich zu betätigen. So kam er in dem wirtschaftlichen Auf- und Ausbau Deutschlands zur Auswirkung; in Wissenschaft und Kunst erleben wir seine Entfaltung und auf den Schattenseldern des Weltens seine Hingabe und seinen Opfergeist. Begründet ist sein Wert als Wertfaktor in den großen Kulturleistungen des deutschen Volkes auf allen Gebieten menschlicher Seelens- und Gestaltungsarbeit seit Jahrhunderten, begründet weiter in der Überzeugung, daß es auch nach dem Zeugnis der Völker heilige Sonderkräfte von eigenartigem Ausmaß und einzigartiger Kraftwirkung hat und somit berufen sein muß, nicht nur zu kultureller Kulturarbeit sondern zu kultureller Vorarbeit auf dem ganzen Gebiete geistiger Kulturarbeit der Völker.

Gewinn der 18. Januar allmählich in unseren Völkern erzielte Bedeutung, dann ist er trotz parlamentarischer Bedenken und parteipolitischer Gegenwirkung, nicht nur ein nationaler Feiertag, sondern der nationale Feiertag, der, aus der Tiefe seelischen Volkserlebnisse geboren, wieder zum lebendigen Kraftzentrum wird für neues seelisches Erleben und nationales Gestaltenwollen.

Reiset das Reich!

Gelegentlich einer Radiostunde im Vorhaus hielt der Reichsfinanzminister Dr. Luther eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Zum Tage der Reichsgründung rufe ich dem deutschen Volke zu: Reiset das Reich! Aus einem Traum wurde das Reich am 18. Januar 1871 Wirklichkeit. In der schweren Not der Gegenwart will es, alles anzuspinnen, damit das Reich nicht wieder zum Märchen wird. Am Oktober und bis Mitte November gab es kaum deutsche Männer und Frauen, die nicht zu jedem Opfer bereit waren, um die furchtbare Wohnungsnot zu bezwingen. Wie aber sieht es heute aus? Noch immer herrscht eine ungeheure Erwerbslosigkeit und Kreditnot, noch immer ist die politische Lage düster. Dennoch scheint, nachdem die Festlegung der Währung seit kurzen 6 Wochen eine Lähmung ist, bei vielen Mitbürgern und auch bei manchen, deren Wort Gewicht hat, wirklich schon eine Art Märchenstimmung ausgebrochen zu sein. Ist es nicht geradezu eine Verzauberung des Verstandes, wenn man heute schon lesen kann, durch die scharfen Ersparnismaßnahmen der Reichsregierung, die in den verwichenen Jahren in Beträge und andere wohlverdiente Rechte eingegriffen habe, sei der Bau des Reiches gefördert, während er in Wirklichkeit durch diese Maßnahmen gerettet wurde.

Ist es nicht ein Märchenglaube an ein „Glein steck dich“, wenn öffentliche und private Kreise immer wieder das Reich, dem kein Kredit mehr zur Verfügung steht, um Zuschüsse oder Steuererlässe oder dergleichen bestärken?

Die Lage in der Pfalz

Clives Informationsreise

Das „Echo de Rhin“ veröffentlicht die Nachricht, daß bei dem Besuche des englischen Generalkonsuls Clive in Landau sich Inflation, Arbeitslosigkeit, Arbeiter und kleine Geschäftsleute einstimmig dafür ausgesprochen hätten, daß eine unabhängige Pfalz geschaffen werden müßte, sei sie autonom oder im Verband mit dem Reich. Demgegenüber sei festgestellt: Der englische Generalkonsul wolle am Mittwoch, vormittag auf der französischen Delegation in Landau, wo ihm eine Reihe von Personen vorgestellt wurde, die keinerlei Qualifizierung haben, um im Namen irgendwelcher beachtenswerter Bevölkerungsteile der Pfalz Landau zu sprechen. Dagegen wurden die berühmten Vertreter der gesamten Bevölkerung Landaus, Stadträte, Vertreter der Industrie und der Arbeiterschaft, der Geistlichkeit, der Beamten usw. vom Generalkonsul in Neustadt a. S. angehört, die ihn darüber aufklärten, daß die gesamte Landauer Bevölkerung in ihren ernsthaft zu nehmenden Kreisen den Separatismus ablehnt. In Kaiserslautern sollte Clive gestern nachmittag ein treffen. Da eine Besprechung in Neustadt über länger als man erwartete, sich ausdehnte, kam er erst nach 7 Uhr eintreffen und empfing nur noch die Vertreter von Zweibrücken, Birkenfeld und Umgebung. Die Abordnungen von Kaiserslautern und umliegenden Orten sind auf heute vormittag geladen. Zur Begründung des englischen Regierungsvortretters war die ganze Stadt auf den Beinen, obwohl verboten worden war, die Kirchhöfe zu verlassen. Die französische Gendarmen schritt gegen die Massen ein und schlug auf sie los. Zwei Personen sind dabei erheblich verletzt worden.

Sonderbare Vorkehrungsmaßnahmen

In Erwartung des englischen Generalkonsuls hatte sich am Mittwoch vor dem Generalkonsul eine große Menschenmenge eingefunden, um dem englischen Delegierten eine Ovation darzubringen. Die Ovation wurde jedoch vor der Ankunft des englischen Delegierten von französischen Gendarmen in die Hauptstraße zurückgedrängt. Während der Anwesenheit Clives in Speyer hatten die separatistischen Wapenposten in Speyer ihre Waffen abgelegt. Schon am nächsten Tage jedoch erschienen sie wieder wie bisher bis an die Bühne bewaffnet.

„Präsident“ Blie

Nach neueren Mitteilungen hat nicht der berühmte Major Rubin an Stelle von Heinz-Orbis die Präsidentschaft der separatistischen Pfalzregierung übernommen, sondern der bisherige Wirtschaftminister Blie.

Ein „Häufiger“ Blie-Soldat

In dem Städtchen Ralkammer wurde die Verfassungsverfälschung durch die separatistische Regierung vor kurzem dadurch erzwungen, daß eine bewaffnete Bande des Marktes umstellte und zunächst eine Schießerei begann. Bewaffnete drangen dann in den Sitzungssaal und erzwangen in Gegenwart einiger Gemeinderatsmitglieder von dem Bürgermeister unter Bedrohung mit der Pistole die Unterschrift. Früher dieser Bande war ein Mitglied separatistischer „Truppenführer“ namens Karl Schenk aus Ralkammer, ein verdorbener Burche, der von seiner achtbaren Familie wegen verschiedener Verbrechen nach Amerika befördert worden war und von dort auf dem Seeweg wieder in die Heimat zurückkehrte.

Die Pressebelagerung

Die Pressezensur der Separatisten hat anlässlich der Pfalzreise Clives in geradezu brutaler Weise die pfälzische Presse klagelastig. Wo sie es nicht ist, hat der jeweilige französische Bezirksdelegierte sie dabei freundlichst unterstützt. Die bedeutendsten Mäler der Pfalz sind nun drat gemacht. In Ludwigshafen ist der Reich der „Neuen Pfälzischen Landeszeitung“ klagelastig, die „Pfälzische Rundschau“ und der „General-Anzeiger“ unter Vorzensur gestellt und erzwungen deshalb nicht. In Speyer steht die „Pfälzer Zeitung“ unter heimer Zensur. Tagesweise klagelastig sind ferner die „Pfälzer Volksbote“ in Kaiserslautern und der „Pfälzische Kurier“ in Neustadt und die „Pfälzische Zeitung“ in Birkenfeld. Die bittersten Zeiten des letzten Jahres scheinen sich unter den Todeszuckungen des separatistischen Separatismus für die pfälzische Presse zu wiederholen. Nur

das Bewußtsein, daß sie ein verlorenes Spiel in der Hand haben, kann die Herren von der autonomen Regierung dazu bewegen haben, unter den Augen des englischen Generalkonsuls in derart schmählicher Weise die Bevölkerung der Pfalz ihrer Meinungsfreiheit zu berauben.

Die Separatisten verurteilen die „Pfälzische Rundschau“ wegen ihrer Stellungnahme gegen die Separatisten zu einer Geldstrafe von 20.000 Goldmark. Das Geld ist bis zum Montag zu beschaffen, andernfalls soll Beschlagnahme der Zeitung erfolgen. Außerdem wurde die „Pfälzische Rundschau“ unter Vorzensur gestellt.

Bejahungsbehörden und Separatisten

Von dem französischen Bezirksdelegierten in Bergzabern wurde an sämtliche Bürgermeistern des Bezirks folgendes Telegramm gerichtet: Im Interesse der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verbiete ich strengstens jede Auslage oder Anspielung, die von der Kanzel herab, am Eingang oder Ausgange der Kirchen aller Konfessionen betreffs der autonomen Regierung der Pfalz machen will. Jede Zuwiderhandlung gegen diesen Befehl wird auf Grund der Verordnung 98 verfolgt. Jeder katholische und evangelische Geistliche ist dringend zu benachrichtigen, und mir umgehend Unterbericht zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Der letzte französische Bezirksdelegierte Morel sucht die Bürgermeister des Bezirks Kirchheimbolanden unter Mißbrauch seines ihm nur in Befähigungsangelegenheiten zustehenden Vorordnungsrechts durch persönliche Beeinflussung zu veranlassen, für den erhoffenen Landesvertrieber Heinz Weibelsentwürfen abzugeben. Ferner sucht der Delegierte die Bürgermeister dahin zu bearbeiten, auch bei dem vom Staatsanwalt beim Volksgericht in Weibsburg wegen Landesverrats beschuldigt verfolgten separatistischen Bezirkskommissar vorzusprechen, und ihm ebenfalls Weibelsentwürfen abzugeben. In der Bevölkerung herrscht über diese ungeheure Zumutung tiefe Enttäuschung und Unruhe.

Ein Umkehrung?

Bekanntlich wollte die Rheinlandkommission gern über die Verordnungen der separatistischen Pfalzregierung berichten. In unterirdischen Kreisen glaubt man, daß dieses Thema aus nachliegenden Gründen von der Tagesordnung abgesetzt wird. Nach dem „Echo de Paris“ soll die Unterredung des englischen Botschafters mit Poincaré zu dem Ergebnis geführt haben, daß sich nun auch Frankreich damit einverstanden erklärt, daß die Verordnungen der Separatisten von der Rheinlandkommission nicht anerkannt werden.

Strefemann über die Leiden der Pfalz

Bei der Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei in Hamburg sprach Dr. Strefemann gefasst über die Vorgänge in der Pfalz. Er betonte, was in diesen Tagen in der Pfalz geschehen sei, sei eine Kulturshande, an der sich ganz Europa zu schämen hat. Die französische Verwaltung läßt die Separatisten auf die wehrlose Bevölkerung los. Die Industrie hat durch die kümmerlichen große Verpfichtungen auf sich genommen. Es liegt nunmehr an Frankreich, ob es bereit ist, durch vernünftige Wirtschaftsverbindungen eines Tages zur Lösung des Reparationsproblems zu kommen.

Die bisherige Politik Frankreichs, die darauf ausgeht, das deutsche Volk vollkommen zugrunde zu richten, müsse aufgegeben werden, da sie sonst auch den Ruin Frankreichs bedeuten würde. Man wird nicht an Deutschland mit seiner großen bebendenden Kulturkraft und seines Volkswillens vorbeigehen können. Strefemann kam dann auf die großen Opfer zu sprechen, die von allen Schichten der Bevölkerung gebracht werden müßten und erinnerte an die großen Opfer, die auch zwischen 1807 und 1813 gebracht wurden. Dann fuhr er fort: „Was uns unbedingt im Innern notat, ist eine Volksgemeinschaft von links nach rechts. Erst eine solche Volksgemeinschaft wird uns die Freiheit bringen.“ Dr. Strefemann kündigte noch an, daß in Wäde die Goldnotenbank erreicht werden würde. Die Verhandlungen seien günstig verlaufen.

Der Reichsgründungsakt muß dem deutschen Volk ein Tag ewiger Mahnung sein, daß es mit der Rächenstimmung nicht geht. Das deutsche Volk kämpft um sein Dasein. Für diesen Kampf müssen die großen Arbeitsleistungen, die von ihm gefordert werden, und die einschneidenden Ausgabenbeschränkungen und hohen Steuerlasten durch die Wohlgenossen mit dem kleinen Einkommen und die schon la bedrängte deutsche Wirtschaft in vielen Fällen sehr hart getroffen werden. Dieser Kampf, an dessen Ende ein Wiederstand der deutschen Wirtschaft und damit die Rettung des deutschen Volkes und des Reiches stehen muß, kann nur siegreich beendigt werden, wenn alle Deutschen sich der Wirklichkeit, so schwer sie ist, auch wirklich innerlich unterwerfen.

Eine Kundgebung des Reichstanzlers

Der Reichstanzler hat an die katholische Verbindung „Burschenschaft“ in Berlin ein Schreiben gerichtet, worin es nach der „Germania“ u. a. heißt:

Wir haben ein neues deutsches Reich, das bei weitem nicht so mächtig wie das frühere und nicht so reich wie das alte ist. Wir sind ein armes Volk geworden. Aber eins hat das neue Reich mit dem alten gemeinlich: die Rechtsgrundlagen. Lassen wir uns doch nicht durch das Gerücht irren machen, das neue Reich sei hervorgerufen durch einen Rechtsbruch, durch eine Revolution, und könne infolgedessen keinen Rechtsanspruch dem Staatsnachbarn gegenüber erheben. Nichts ist das die Resolution von 1918 ein Unrecht war. Tatsache aber ist auch, daß ihre Wirkungen zu Ende waren, als die durch freie und allgemeine Wahl des Volkes gebildete Nationalversammlung von Weimar die Verfassung der deutschen Republik vom 11. August 1919 schuf. Mit deren Inkrafttreten hatte das neue deutsche Reich wiederum eine Rechtsgrundlage gefunden. Von diesem Zeitpunkt an hat der rechtswidrige, durch die Revolution hervorgerufene Zustand aufgehört. Verfassungsmäßig war von da ab die Verwaltung und Gesetzgebung in der deutschen Republik anzusetzen. Gerade die akademische Jugend sucht ein Ideal, nach dem sie von neuem streben und für das sie sich begeistern kann. Warum soll die Begeisterung nur mäßig sein für einen Staat und ein Reich, das in schimmernder Vollendung auftritt? Warum soll Begeisterung nicht möglich sein für ein Volk, das durch ein Geschick niedergedrückt und klein und arm geworden ist, dem aber die Kraft inne wohnt, sich wieder zu wirtschaftlicher und finanzieller Stärke emporzuarbeiten, falls ihm nur freie Bewegung und Auswirkung von seinen Bestrebungen gestattet wird?

Die rheinische Frage

Berlin, 18. Jan. (Von unsem Berliner Büro.) Ein rheinisches Blatt hatte dieser Tage gemeldet, daß am Samstag auf Veranlassung des preussischen Staatsministeriums in Berlin eine Besprechung über die Lage im Rheinland und Westfalen stattfinden sollte, mit dem Ziel, über die Beziehungen der beiden Provinzen für Gegenwart und Zukunft Klarheit zu schaffen. An dem Ende seien auch die berufenen Vertreter beider Provinzen herbeigeföhrt. Nach unserer Kenntnis ist eine solche Besprechung einstmals nicht beabsichtigt. Am kommenden Dienstag werden, soweit wir unterrichtet sind, Verhandlungen über die rheinische Frage stattfinden. Vertreter der beiden Provinzen werden aber zu ihnen nicht eingeladen, es werden auch kaum Gästevertreter bei der Gelegenheit erwartet werden.

Bestellte Arbeit

Der „Temp“ hatte in einem Artikel am 6. Januar über die Rheinlandsfrage die Frage aufgeworfen, ob die Rheinlande und Westfalen bei den kommenden Reichstagswahlen ihre Abgeordneten in den Reichstag schicken dürfen und wie sich Frankreich dazu stellen werde. Der Artikel kam zu einem abschließenden Schluß, da eine Entscheidung rheinischer Parlamentarier in den Reichstag das Ende der rheinischen Probleme bedeuten würde. In Zusammenhang mit diesem Artikel dürfte jene Nachricht, die wir von bestunterrichteter Seite erhalten, nicht uninteressant sein. Danach handelt es sich bei der Anfrage, die der Separatistenführer Matheo schmerzhaft gegen die Immunität in den Reichstag entfalteter Separatisten an den Reichstagspräsidenten richtete, um eine bestellte Arbeit der Franzosen, die von der Verantwortung dieser Frage ihre Selbstverpflichtung zu den kommenden Reichstagswahlen abhängig machen wollen.

Die Revision im Schupoprozeß verworfen

Vor dem Gericht der französischen Rheinarmee in Mainz fand gestern die Revisionsverhandlung in Sachen der Offiziere und Beamten der Düsseldorf Schuppolizei. Der Vorsitz führte der Hauptkommandant von Mainz, General Marchal. Die Rechtsanwälte Dr. Brühmann, Dr. Grimm und Dr. Wolf beantragten die Aufhebung des Urteils des Düsseldorf Gerichts. Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes erklärte der Vorsitzende, daß die Revision verworfen sei.

* Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird voraussichtlich noch Ende dieser Woche nach Paris abreisen.

* Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich ein wenig gebessert. Besonders in München, Berlin, Hamburg und Lübeck ist die Zahl der unterstellten Erwerbslosen etwas gesunken. Auch die Zahl der Kurzarbeiter hat sich verringert.

* Die Begegnung des jugoslawischen Ministerpräsidenten mit Mussolini ist endgültig für Ende Januar in Venedig festgesetzt worden.

Der Dichter des „Liedes der Deutschen“
(Zum 50. Todestage Hoffmanns von Fallersleben am 19. Januar.)
Von Ernst Edgar Reimoldes (Telle)

Mit seinem mächtigen Kompetenzbewußtsein löst es in die Zeitgeschichte unserer Tage hinein, das „Lied der Deutschen“, eine ernste Mahnung zur Einigkeit, wo das Reich zu zerfallen droht. Der es erfand, hat die Grundzüge des einig und mächtigen deutschen Reiches nach mitterteilt und seine volle Freude am Werke Kaiser Karls gehabt, denn er war trotz der ihm nachgesagten politischen Verirrungen jederzeit ein guter Deutscher, ein begeisterter Vaterlandsfreund. Aus der Stimmung einer unruhigen Zeit heraus ist das „Lied der Deutschen“ entstanden. Es war in jenen Tagen, als Frankreich uns gegenüber wieder einmal eine drohende Haltung einnahm, um seine begierigen Hände nach dem linken Rheinufer ausstreckte, zu dessen Schutz Edgar Reimoldes sein mit heller Begeisterung aufgenommenes „Mehrländ“ dichtete. Im Innern tobten politische Kämpfe; nach dem Tode Friedrich Wilhelms III. erwartete man das Erscheinen einer liberalen Strömung. Fragen politischer Natur und Ansichten standen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses und beunruhigten die Gemüter. In diese Zeit hinein schied Edgar Hoffmann seine politische-oppositionellen „Anpöhlischen Lieder“, die mehr infolge ihres Inhalts, als ihres poetischen Wertes ungeheures Aufsehen erregten und ihm endlose Verfolgungen eintrugen. Der Dichter, der am 20. April 1798 zu Fallersleben geboren worden war in Göttingen und Bonn Germanistik studiert hatte und seit 1835 in Breslau als Professor der deutschen Sprache u. Literatur wirkte, wurde 1843 seines freiwilligen Gehaltens wegen seines Amtes enthoben, und gezwungen, bis zu seiner Rehabilitierung durch Preußen (1848) ein wechselvolles Wanderleben zu führen. Nachdem er längere Zeit am Rhein und in Weimar gelebt hatte, fand er endlich 1850 in Coblenz als Bibliothekar des Herzogs von Ratibor eine liebende Stätte. Sein „Lied der Deutschen“ dichtete Hoffmann 1841 auf Helgoland. Das war in jenen Tagen, als die politischen Verhältnisse über alle geliebten Vaterländer hinweg auf ihm lasteten und seine Gedanken unruhig und beschäftigt: „Schon seit dem ersten Mal nehme ich in dem Lied in Hamburg im Oktober 1841, seine große Volkstümlichkeit aber erkannte es viel früher. Wenn Hoffmann auch in erster Linie ein Dichter des „Lied der Deutschen“ war, so ist seine Bedeutung für die deutsche Nation nicht zu unterschätzen. Neben Richard Wagner zu den produktivsten Dichtern Deutschlands, er hat alle Stimmungen durchgeföhrt, alle Töne nicht nur nachgesungen, sondern auch wirklich nachgeschlagen. Allerdings blieb ihm die volle Anerkennung verweigert. Von seiner Väterlichkeit zeugen seine unruhigen Kinderlieder, seine Salon- und Waffentänze, seine anmännlichen wie seine Weim-, Wander-, Zeit- und Liebeslieder. Die

Ein politisches Pronunciamento Dr. Wirths
Anregungen und Wünsche

Die „Germania“ veröffentlicht ein Schreiben des früheren Reichstanzlers Dr. Wirth an den Zentrumsabgeordneten Joss. Dr. Wirth erklärt in dem Schreiben, daß es ihm aus Gesundheitsrücksichten in der letzten Zeit nicht möglich war, am politischen Leben aktiven Anteil zu nehmen. Dient sei der richtige Augenblick gekommen, um seinen Freunden und besonders der ihm nachstehenden politischen Jugend einige Anregungen und Wünsche für die kommenden Monate zu geben.

Dr. Wirth geht aus von der Feststellung, daß sich, wie das Jahr 1923 gezeigt habe, die Politik der alten Weimarer Koalition als richtig erwiesen habe. Weiter sei bei einem arduen Teil des Volkes diese Einsicht zu föhrt gekommen. Dann geht der frühere Kanzler auf die Gebetswertaue und die dadurch hervorgerufene Verschlebung eines Teils des nationalen Vermögens ein und föhrt, es sei möglich geworden, daß sich heute vor unselbständigen ein Prozess wirtschaftlicher und sozialer Enttäuschung vollziehe, wie er kaum schlimmer gedacht werden könne. Er urteilt die arduen, wüßig abzuwarten, bevor verfassungswidrigen Fortschritten und Annäherungen, die von rechts aufsteht worden sind und woran seine Anhänger, die Partei für reaktionäre Zwecke dienstbar zu machen. Die Zentrumspartei sei alle Zeit eine Partei der Mitte. Sie habe dem neuen deutschen Staat Herz und Hand geliehen, damit er ein wahrer Volkstaat werde, in dem alle Politik mit dem Geist und dem Willen des Volkes in Einklang steht. Unsere Demokratie, sagt Dr. Wirth, ist eine demokratische. Sie will Staatsgewalt und Staatsautorität, aber nicht in der Form der Knechtschaft und Hölle, sondern in menschenwürdiger Einordnung des Einzelnen und der verschiedenen Gruppen in das Staats- und Volksganze. Wir stehen zur gegenwärtigen Verfassung als zu dem für alle deutschen Staatsbürger gleichmäßig geltenden Grundgesetz. Der Geist der Weimarer Verfassung ist ein guter und daß dieser Geist die heutige Staatsform durchdringt, muß unsere feste Sorge sein.

Dr. Wirth fordert, daß bei der kommenden Wahl an die aufzustellenden Kandidaten die erste Frage zu richten sei, inwieweit der zu wählende Volkvertreter den wahren Bedürfnissen des Volkes nahe ist, die volle Verantwortung um sich föhlt und den Rechtsboden der Verfassung treu einhalten will. Es müßte ein Ruf ergöhen an alle im Lande, die sich mit dem Volk verbunden, im Gewissen verantwortlich föhlen und nicht willens seien, ihre religiöse, soziale und politische Überzeugung in irgend einer reaktionären Kampfpartei vernichten zu lassen.

Diesen Brief hat, wie nicht anders zu erwarten war, die begeisterte Zustimmung des „Vorwärts“ gefunden. Er nennt den Brief einen erstrebenden Windstoß in der Stille unserer Tage und erklärt, dem Brief läge außer der parteipolitischen auch eine allgemeine Bedeutung zu: „Es sei der erste Schritt aktiver Gegenwehr eines hervorragenden bürgerlichen Intellektuellen gegen die zunehmende Reaktion“. Auch in der „Hoffnung“ ist, die von früher her Dr. Wirth immer nahegestanden hat, greift ein Sänger zum Preise des früheren Kanzlers in die Saiten. Die deutschnationalen Wähler aber sind verärgert und überschütten Dr. Wirth mit allerlei mitleidigen Barmherzigkeiten, die nicht immer ins Schwarze treffen.

Wies in allem: Der Wirthsche Brief hat die Bunde, die am Zentrumstempel genau so schmerz, wie an allen anderen Parteien blutgeföhrt. Der Kampf im Zentrum wird sich wohl auf der ganzen Linie entbrennen und es wird sich zeigen müssen, ob Dr. Wirth, der seit Jahr und Tag im Zentrum ein ziemlich abgeheiltes Manier war, auf sich wieder eine Mehrheit vereinigen kann. Davon wird es im Grund abhängen, ob das Wirthsche Pronunciamento weitere Kreise ziehen kann.

Forderungen der Parteien

Auf Reichstag fand gestern eine Sitzung der sozialdemokratischen Partei statt. Nach einer mehrstündigen Aussprache wurden einige Entschlüsse angenommen, deren eine wie folgt lautet:

Die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei beauftragt den Fraktionsvorsitzenden, erneut mit der Reichsregierung zu verhandeln, damit der militärische Ausnahmezustand, dessen Aufrechterhaltung sich löchlich in keiner Weise rechtfertigen läßt, sobald aufgehoben wird. Die Fraktion fordert die Reichsregierung auf, im Reichstag ein Ausführungsgesetz zum Art. 48 der Reichsverfassung so rechtzeitig vorzulegen, daß diese Vorlage nach der Ablauf der Legislaturperiode erledigt werden kann. Die Fraktion beauftragt den Fraktionsvorsitzenden, noch vor dem Beginn der Verhandlungen mit der Reichsregierung die Einberufung des Reichstags namens der Fraktion zu beantragen. Eine zweite Entschlüsse lautet, daß die Entscheidung über die in der 3. Steuerreformordnung enthaltenen Maßnahmen dem Reichstag überlassen bleibt, da das Ermächtigungsgesetz die Regierung nur zu Verordnungen berechtigen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich als erforderlich und dringend erachtet, diese Befugnis aber bis zum 1. Februar beschränkt.

Die deutschnationalen Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf den Reichspräsidenten dahin einzuwirken, daß dieser die Kräfte der Reichsregierung und dementsprechend den Reichstag auflöst.

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hat eine Kundgebung erlassen, in der sie gegen die Wiedererrichtung der Weimarer Verfassung protestiert und die Regierung angreift, weil sie

wirtschaftlichen Stöße sind in das Volk eingedrungen, vor allem das herliche „Arzene Liebe bis zum Grab“ von „Jüngsten Frankreich und dem Böhmenvolk“. Als seine Wieder Klänge sind bereits aus seinem Lebensstrom unerschütterlich Gemüt. Von der reinen, volkstümlichen Kunst ausgehend, gelangte Hoffmann zur politischen, als Reize derer, naturwüßiger Improvisationen hatte er weher Wilhelm Müllers mystisches Ob- und Nichts künstlerisch abgewandte Technik. Seine Dichtung enthält nicht bloße Sprachbeherrschung als ihrem Inhalt zugänglich ist. Das als Kollektil verstand er in seinen Liedern der deutschen Landeskunde auf die vorzüglichste Weise zu reproduzieren. Auf seinen zahlreichen Werken im Ausland sammelte Hoffmann interessante Wünsche allerwärts Gedächtnis. Den Stil der deutschen Volkspoesie beherrschte er so meisterhaft, daß seine Ausdrucksformen alsbald in jeder Sprache aus dem Vokabular für alle alle Dichtungen gehalten wurden. Seine eigenen Dichtungen schlichen sich rasch an das Volkstümlich an, sie zeichnen sich durch Einfachheit, Natürlichkeit und Innigkeit aus. Obgleich nicht musikalisch gebildet, gab Hoffmann zu vielen seiner Lieder Melodien an, so zum „Lied der Deutschen“ die bayrische Melodie. Daß er sich durch seine Forschungen auf dem Gebiet der deutschen Sprache und Literatur bedeutende Verdienste erworben hat, darf nicht unerwähnt bleiben. Nach einem wildemühtigen Leben fand Hoffmann zu Coblenz, wo auch seine sterblichen Überreste ruhen. Als Dichter der deutschen Nationalhymne, wie man das „Lied der Deutschen“ heute mit Recht nennt, ist Hoffmann unsterblich geworden.

Zu Hoffmann von Fallerslebens 50. Todestage hat der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angeordnet, daß am 19. Januar in allen Schulen in geeigneter Weise dieses deutschen Dichters gedacht wird. In Baden ist eine derartige Verfügung nicht ergangen.

Theater und Musik

Theaterkandal in Dresden. Aus Dresden dröhlet unter Berichtshüter: In der gestrigen Aufführung von Tolsters dramatischer Tragödie „Hinkemann“ im Dresdener Stadttheater kam es zu einem nicht alltäglichen Theaterkandal. Der Feld ist im Krieg zum Unruhigen geworden. Auf dem tragischen Motiv baut sich der Konflikt des Stückes auf, das, wie Berliner Blättern aus Dresden gemeldet wird, von böshchen und geschmacklosen Bemerkungen kragt. Gegen die Aufführung war von der ersten Szene des ersten Aktes bis an den Schluß stürmisch randoßiert worden. Man schrie, riefte und pöhl, ignorierte Gemeinheit und Dornhang berunter. Direktor Wietze und der Darsteller der Hinkemann fordernde Wahrung vor der Arbeit der Künstler. Es war aber vergeblich. Der größte Skandal kam erst zum Schluß, wobei man ein Handgemenge und Reizerei miszierte. Barher hatten

gegenüber der Kontrolle nicht schon läßt den Rechtsstandpunkt eingennommen habe. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion hat ferner eine Interpellation eingebracht, in der sie sich baggen möchte, daß die Reichsregierung fernerzeit in Berlin der französischen Regierung zum Untergang des uns geräuben Jeppollinischjes „Dognmüden“ ihr Beileid ausgesprochen hat.

Die bayrische Denkschrift im Kabinett

In seiner gestrigen Sitzung beriet das Reichskabinett die von der bayerischen Regierung vorgelegte Denkschrift über die Revision der Weimarer Reichsverfassung. Die Reichsregierung begrüßt zwar die Tatsache, daß durch die bayerische Denkschrift die Diskussion über die Forderung der Reichsverfassung in ruhiger, sachliche Bahnen geleitet wird. Sie ist aber einmütig der Ueberzeugung, daß ohne vorhergehende Prüfung der in der Denkschrift aufgeworfenen Fragen und Forderungen eine Beschlußfassung nicht möglich ist.

In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Reichsrats wurde die Denkschrift Bayerns zur Verfassungsrevision auf Antrag des bayerischen Gesandten von Prepper an einen Ausschuss überwiesen.

Zusammenkunft zwischen Marx und Knilling

Reichstanzler Dr. Marx ist gestern von Berlin abgereist, um sich in Mittelfröndland mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Knilling zu treffen. Die Begegnung entspringt einem von beiden Seiten geäußerten Wunsch, der um so verständlicher ist, als sich die beiden Staatsmänner noch nicht kennen.

Der sozialistische Stumpf in Thüringen

Noch einer: der Staatsbankpräsident schiedt Devisen!

Berlin, 18. Januar. (Von unsem Berl. Büro.) Der sozialdemokratische Präsident der thüringischen Staatsbank Koch hat, wie die „Weimarer Zeitung“ meldet, verbotene Devisengeschäfte gemacht und sich dadurch schwere Verhältnisse gegen die gesetzlichen Bestimmungen zuzuschreiben lassen. Zur Rede gestellt, hat er die Denkschriften nicht bestritten, hat aber wahrheitswidrig die Behauptung aufgestellt, Devisenhandelsverbot zu besitzen. Inwieweit die daraufhin erfolgte Anweisung von Koch nachträglich selbst erdiente Zulassung durch den thüringischen Wirtschaftsmminister zu Recht besteht, wird nach von dem Devisenminister und der Staatsbank nachzuprüfen sein, ebenso, warum der ebenfalls sozialdemokratische Wirtschaftsminister nicht von sich aus in eine Prüfung der Verfehlungen eingetreten ist.

Die Koalitionsregierung in Sachsen gesichert

Das Koalitionskabinett Heid scheint gesichert, zumal der Währungsantrag der Kommunisten von diesen allein bestimmt wurde. Nicht einmal der linke Flügel der Sozialdemokraten ist ihnen den Gefallen, sondern verließ den Saal vor der Abstimmung, ebenso die Deutschnationalen.

Badische Politik

Der Staatspräsident über Steuer- und Schulragen

Auf einer in Donaueschingen abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung der Zentrumspartei teilte Staatspräsident Dr. Köhler mit, er arbeite an einem Vorschlag, wonach die kleinen und mittleren Landwirte keine Umsatz- und keine Einkommensteuer mehr zu zahlen haben, sondern alles mit der Grundsteuer verrechnet werde. Hinsichtlich der Schule betonte der Staatspräsident, daß vor allem die Volksschule leistungsfähig erhalten werden müsse. Die Abteilungen des Reichstags zur badischen Grund- und Gewerbesteuer würden so eingerichtet werden, daß die Landwirtschaft möglichst zu tragen haben. Für die Landwirtschaft müsse man sich nach Ueberwindung der Schulden umsehen, fast alle unter. Der Beamtenabbau werde sich als bemerkte der Staatspräsident laut „Donaubote“ weiter, auch auf die obersten Verwaltungsstellen und auch auf den Landtag erbeden. Bei dem Beamtenabbau werde aber berücksichtigt, daß die Landbevölkerung keine zu weiten Wege in die Amtsstadt habe.

Letzte Meldungen

Rücktritt Trostis!

Berlin, 18. Jan. (Von unsem Berliner Büro.) Gehört auf Mitteilungen, die gestern anlässlich in jölicher Abendstunde hier eingetroffen sind, verbreitet der „Vorwärts“ die Meldung, daß Trostis von allen seinen Stellen zurückgetreten sei. In seinem Nachfolger im revolutionären Krieger sei vorläufig Kamen in ernannt, während um Oberkommandierenden der reinen Armee General Bordeni ernannt sei. Eine Behauptung der Meldung lautet, wie der „Vorwärts“ selbst urteilen muß, nicht vor. Befürchtet sich die Nachricht, so würde sie eine schwere Niederlage der Donaufront und einen erheblichen Sieg der loansenen Truppe des Ruffens zur Zeit des herrschenden Dreimännerkabinetts bedeuten.

Neue Verhaftung in der Hiltlerstraße

München, 18. Jan. Neuerdings ist auch der Schriftleiter des „Költischen Beob.“, Stolzinger-Gjeren, wegen Verdachts des Hochverrats in Haft genommen worden. Der Organisator des nationalsozialistischen Reiterkorps, Fürst Wrede, wurde aus der Schutzhaft entlassen.

im Theater anwesende Studenten „Deutschland über alles“ und die „Wacht am Rhein“ angestimmt. Das Verhalten der Schüler zeigt durchaus nicht von Bildung und von Verständnis für künstlerische Arbeit des Dichters und der Darsteller. Zudem ist der Hiltlermann, man mag sich zu Einzelheiten stellen wie man will, ein ernst zu nehmendes Wert, das heißt an einer Reihe von Bühnen starkes Eindring hervorgerufen hat.)

Eine Gerhart Hauptmann-Aufführung in Leipzig. „Kaiser Maxens Braut“, ein Woll von Gerhart Hauptmann, land im Leipziger Schauspielhaus seine Aufführung. Die Entschlossenheit der Dichtung ist unbekannt; das Wert wurde der Öffentlichkeit beim Erscheinen der Jubiläumsausgabe von Gerhart Hauptmanns Werken übergeben. Der junge Kaiser Max, fast ein Knabe noch, tritt ohne Befolge umher und gelangt in ein Häuschen, das von einer alten Großmutter und deren Enkelkinder bewohnt wird. Der störrische Fremde wird auf aufgenommen und die Alle schied ihn zur Nacht auf den Heuboden; dort finden sich Max und das Mädchen, zur Freude der hegenarischen Großmutter, die die Wiederbesuchung bewilligt. Im Still und im Sinn erinnert die harmlose Dichtung an „Die verfunkenen Glöde“. Hauptmann hat auf das leicht und anmutige Werk sein großes Gewicht gelegt; er scheint es lange unvoröffentlich gehalten zu haben. Immerhin will es durch seine Fülle, gute Technik und einen gefunden Drama zum Naturzustand auf. Unter Fritz Bierwags Leitung brachte das Leipziger Schauspielhaus eine natürliche Aufführung zustande.

Dr. Niedesen-Obbach, der biederne Opernspielleiter in Hannover, ist, wie wir erfahren, eingeladen worden, hier bei der Uraufführung von Gaon Welleis „Oper „Mikis“ die Rolle zu führen. Er hat auch bei den Vorföhren erregenden Handlungsaufführungen in Hannover die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. In Hannover scheint noch Veris Woonona und Kraflets Berufung nicht alles in der (monströsen Ordnung zu sein. Ebenfalls schreibt Dr. Th. Werner, der Wirtschafter des „Hannoverschen Kuriers“ in einer pessimistischen Betrachtung, die er der „Rhein. Welt. Anz.“ schickt u. a.: Daß der Kurs der hannoverschen Oper unter dem Dreizehnten Vert. Hedekew Terpis in entscheidendem Anstieg war ist aus Anlaß der Aufführungen von Hoendelchen Oern und Oratorien (Saul) berichtet worden. Vert ist nach Mannheim gegangen. Terpis wird von Berlin abgereist; da ist es nur der Abschlus einer, wie der Betroffene selbst föhlt, natürlichen Entwicklung, daß man Dr. Niedesen-Obbach noch am Kraflets aufzuheben läßt; der Vertrau dieses in höherem Sinne künstlerisch orientierten Mannes wird nicht erneuert. Damit wird die Fortsetzung der das hannoversche Theater ausweichenden Handlungsaufführung freitlich damit ist auch ein Wert ausgesprochen, der von jedem anderen, als dem wirtschäftlichen Standpunkte aus anerkennen, unerlässlich ist: Gaon Welleis, einer der wenigen Wobehnen, die von der Sommermusik zum Drama überföhren, hätte keine einträglicher „Mikis“, dazu ein Tonspiel „Diana“ unterem Theater auf

Städtische Nachrichten

Abbau der Versorgungsbehörden

Die Versorgungsämter Mannheim und Rosbach werden, so wird uns von zuständiger Seite geschrieben, mit dem 1. April 1924 aufgelöst. Die Amtsbezirke dieser beiden Ämter dem Versorgungsamt Heidelberg zugelegt. Es wird also für ganz Nord-Baden nur das Versorgungsamt Heidelberg bestehen bleiben. Die Zahl der versorgungsberechtigten Ruhegehälter- und Rentempflänger, deren Angelegenheiten vom 1. April 1924 ab vom Versorgungsamt Heidelberg zu bearbeiten sind, steigt somit von 8000 auf etwa 18.000. Die Zahl der beim Versorgungsamt Heidelberg zu bearbeitenden Beamten von 42 auf etwa 87. Durch die Zusammenlegung der drei Ämter Mannheim, Heidelberg und Rosbach wird etwa der dritte Teil der bisher bei diesen Ämtern beschäftigten Beamten und Angestellten erspart werden. Die Überleitung der Arbeiten der Ämter Mannheim und Rosbach auf das Versorgungsamt Heidelberg hat infolgedessen begonnen, als die Angelegenheiten der Ruhegehälterempfänger aller drei Ämter schon am 1. Januar 1924 ab vom Versorgungsamt Heidelberg bearbeitet werden. Am übrigen erfolgt die Überleitung im März und muß bis 1. April 1924 beendet sein.

Die Orthopädische Versorgungs-Stelle Heidelberg ist bereits mit dem 31. Dezember 1923 aufgelöst worden. Jetzt aber fünft als Zweigstelle der Orthopädischen Versorgungs-Stelle Karlsruhe in Heidelberg bestehen. Von ihr werden an jedem Montag und Donnerstag Sprechstunden in Mannheim abgehalten. In der Orthopädischen Versorgungs-Stelle in Heidelberg sind für die orthopädisch zu versorgenden aus den Amtsbezirken Heidelberg und Rosbach geschlossen bleiben muß.

Erlaubnisnahme der Post- und Telegraphenbeamtinnen zum Beamtenabau

Am 15. Januar hatte, so wird uns geschrieben, der Ortsverein Mannheim im Verbands der Post- und Telegraphenbeamtinnen in die Räume der „Harmonie“ eine Mitgliederversammlung einberufen. Zu dieser Versammlung waren zahlreiche Vertreterinnen aus den benachbarten Bezirken und Ortschaften Darmstadt, Worms, Heidelberg, Karlsruhe, Mosbach und Pforzheim erschienen. Die erste Vorsitzende des Verbandes, Frau Eise Kollhorn-Berlin, sprach über die dringenden Fragen aus der Verbandarbeit. An erster Stelle der Ausführungen und des allgemeinen Interesses stand die Personalabau-Berordnung. Die Referentin bezeugt die Bestimmungen als äußerst hart und von einschneidender Bedeutung für das Berufsbeamtinnen. Die Art der schrittweisen Durchführung anstatt der organischen sei wenig zweckmäßig und verleihe die Aussicht die Personalabauarbeiten des Reiches zu vermindern. Die Berordnung hätte planmäßiger vorbereitet werden müssen. Außerdem fehle die Vorstufe, die man in Österreich für die abgebauten Beamten vorsehend getroffen hätte. Die Entlassung der planmäßig angeordneten verheirateten Beamtinnen ohne jede Entschädigung, unter Aufrechterhaltung ihrer wohlerworbenen Personrechte, und der geforderten Kündigungsschriften sei ein Rechtsbruch von grundsätzlicher Bedeutung, der mit größter Aufmerksamkeit von allen Beamtengruppen verfolgt werden müsse. Die Grundrechte des Beamtinnen und der Verfassung seien vom Gesetzgeber selbst verletzt; eine Nachprüfung dieser unrichtigen Maßnahmen sei von Parlament und Regierung dringend zu verlangen. Die wirtschaftliche Sicherstellung der verheirateten Beamtinnen wäre keinesfalls als gegeben vorauszusetzen. Die Prüfung, die bedauerlicherweise nicht von der Postverwaltung vorher vorgenommen worden sei, sondern der entlassenen Beamtinnen zur Last gelegt wurde, hätte gezeigt, daß es sich vielfach nicht um „Doppelgehalt“, sondern Ernteherrinnen von Familien handelte.

Die Referentin bezeichnete die den Beamtinnen überlassenen Tätigkeitsgebiete als nicht abbaufähig. Die Bewertung der Leistung ohne Unterschied des Geschlechtes müsse aber auf alle Fälle oberster Grundsatz zur gerechten Verteilung der Stellen sein. Die Prüfung der wirtschaftlichen und Familienverhältnisse vor dem Ausspruch der Kündigung sei gerade im Hinblick auf die vielfachen Härten der Beamtinnen in einseitiger Weise notwendig. Die Ansprüche der unvollständigen Beamtinnen müßten trotz aller Schwere der Zeit auch weiter anerkannt bleiben; sie würden durch die P. A. B. nicht verändert. Die Prüfungs- und Unterrichtsfragen zur Erlangung des weiblichen Personals und der Beförderungsfragen wurden gleichfalls erörtert. Die Referentin schloß ihre mit großem Interesse aufgenommenen Ausführungen mit einem Aufruf zur Ernte und istten Zusammengehörigkeit als Beamtinnen und Deutsche in der Organisation zum Schutze des Standes und der Einheit des Reiches.

Ausstellung sind im Schaukasten unseres Geschäftsbaues mehrere japanische Holzschnitten mit Abbildungen über die Erdbebenkatastrophe, die Herr Ludvig Janson, ein geborener Bremer, z. Z. in Tokio wohnhaft, seiner seit wenigen Jahren in Mannheim anlässlich seiner Kamreise mit Nachrichten über Selbsterlebtes übermittelt hat.

Verleht wurde Verwaltungsoberrat Wilhelm Weber beim Bezirksamt Böhle zum Bezirksamt Mannheim.

Uraufführung aneboten. Leider ließ die Intendantin — Arno Braun, der verdiente Kassenverwalter der Kammerzeit, hatte wohl den Willen, aber nicht die Zeit, die Werke zu studieren — den Termin verstreichen, und wir werden nach Mannheim im hohen Maße, um die, wenn auch vielleicht problematischen, doch wichtigen Dinge zu erleben. Wir werden Bekannte dort treffen; erst als musikalischen und niedrigen, der eingeladen wurde, als hiesigen Leiter der Aufführung. — Auch im Sängerkreis soll sich Umsicht zeigen. Herr Kroll wird zu tun bekommen.

Musikwissenschaftlicher Kongress in Basel. Im Jahre 1924 leitet die Dringlichkeit der neuen Schweizerischen Musikgesellschaft das Jubiläum ihres 25-jährigen Bestehens und gedenkt, diesen Anlaß zu einem musikwissenschaftlichen Kongress auszunutzen. Der Kongress ist nunmehr gesichert. Der Kongress wird am 27. und 28. September 1924 in Basel stattfinden. Bereits hat sich eine stattliche Anzahl von Gästen, darunter die ersten Gelehrten aus der Schweiz, aus Deutschland, Frankreich, Holland und England angemeldet. Der Kongress wird eine Reihe von Vorträgen umfassen, außerdem sind besonders 9 Vortragsveranstaltungen geplant.

Theaterkränkung. Die Unterführung über die Befehle des Bundes des Reichstheater Landesheaters ist zwar noch nicht abgeschlossen, doch scheint ein Gesetzentwurf als Grundriss in Frage zu kommen. Im übrigen hat das Staatsministerium in gemeinsamer Sitzung mit den maßgebenden Persönlichkeiten vom Theater den Wiederaufbau des Theaters beschlossen. Durch Commissionen und Beiräte des Bundes sowie des Reiches hofft man die notwendigen Mittel aufbringen zu können. — Die Stadtgemeinde München übernimmt mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober d. J. an, ein Viertel des Festbetrags der Wagnerischen Staatstheater. Dafür wurde ihr das Recht eingeräumt, in besonders wichtigen Verwaltungsangelegenheiten der Theaterleitung zuzustimmen. Außerdem wurde in dem Vertrag eine ausgiebige Förderung der Theatergemeinde und der Volkshochschule aufgenommen. — Viktor Barnowsky hat einen Vertrag mit einem amerikanischen Impresario abgeschlossen, manach er mit dem Ensemble des Festbetrags der Wagnerischen Staatstheater in den nächsten Wochen in allen größeren Städten der Vereinigten Staaten auftritt. Zur Aufführung kommen „Was ihr wollt“, „Geheimnis der Straße“ und „Richard III.“ — Prof. Voelzig der Universität Berlin hat ein Theater in Berlin gegründet. Die Bühne ist ein Sprechtheater, dessen Leitung in den Händen von Dr. Wilhelm Beylauer Universität geleitet wird. Die Bühne soll mit Goethes „Faust“ und den „Persern“ des Kleists eröffnet werden. — Die „Waldstrasse“, ein Schauspiel aus Freuden des Reiches von Dietrich von Hagen, wird im Stadttheater zu Ebing zur Uraufführung gelangen. — Ein Lustspiel von Raoul Kureweiner —

Das Paradies der Fernsprechnutzer. Schwanden darf noch immer als das gelobte Land des Telefons angesehen werden. Während von der durch die Sanität begünstigten Tatsache, daß man in Schweden den weitestgehenden Gebrauch von Fernsprechern macht, selbst der Betrieb auch hier den Teilnehmern Vorteile, von denen man sich in anderen Ländern nichts träumen läßt. So erfreuen sich beispielsweise die Fernsprechnutzer von Stockholm, daß das vollkommene Telefongesetz im Lande besteht, gegen Entlohnung einer kleinen jährlichen Gebühr des Vorteils, hat unter ihrer Nummer mit ihrem Namen angerufen zu werden. Auch kann man beim Telefonat jederzeit die genaue Zeit erforschen, so daß sich eine Uhr im Hause oder im Büro erübrigt. Gegen eine weitere Zahlung erwirbt man ferner das Recht, sich telephonisch wecken zu lassen. Wenn der Teilnehmer von Hause abwesend und ein Anruf deshalb nicht zu erreichen ist, werden die einlaufenden Anrufe in der Telefonzentrale gebucht, und nach seiner Rückkehr erhält der Teilnehmer eine Mitteilung darüber, von wie vielen und welchen Nummern er inzwischen angerufen worden ist. Eine Drohkarte kann man sich zwar auch herzulande telephonisch bestellen, vorausgesetzt, daß man die Nummer des nächsten Drohkartenamtes kennt. In Schweden ist dieses Verfahren aber außerordentlich vereinfacht. In der Zentrale besetzt ein eigener Drohkartenanzugdienst. Bestellt der Teilnehmer eine Drohkarte, so wendet er sich an die Zentrale, die ihn darauf mit dem nächsten Hoteltelefon verbindet. Damit noch nicht genug, besetzt auch im hohen Telefonanklässe mit den Schiffen; kaum ist aber das Schiff vor Anker gegangen, so wird es unverzüglich darauf hingewiesen, welches Nobel mit dem telefonischen Netz der Stadt verbunden ist, so daß jeder angesehene Teilnehmer sich sofort nach der Ankunft des Schiffes mit den am Bord befindlichen Passagieren in telephonische Verbindung setzen kann. — Es braucht nicht betont zu werden, daß wir in Deutschland von diesem Idealzustand im Telefonverkehr noch sehr weit entfernt sind.

Eine Bärenauskühlkammer findet am Donnerstag, 24. Januar statt. Auf der Tagesordnung stehen sechs Punkte, u. a. der Rosenbedarf des hiesigen Kanals, Müllabfuhr- und Straßenreinigungsbetriebs. Außerdem hat sich der Bärenauskühl mit einer Veränderung der Befehlungsordnung der Beamten und Anstellungen zu befassen.

Journalistenstudium. Auf der Rückreise von einer Studienfahrt in die Pfalz wollte gestern eine Reihe ausländischer Journalisten aus der Schweiz, Amerika, Holland, Schweden und Japan in Mannheim von der Stadt wurde ihnen Gelegenheit geboten, sich bei einer Rundfahrt über die Verhältnisse in Mannheim, wie sie besonders durch die Besetzung geschaffen sind, zu orientieren. Dr. Barisch vom Hofen- und Industrieamt Mannheim, sowie Syndikus Dr. Ullrich von der Handelskammer Mannheim erläuterten vorher in eingehender Weise die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt unter besonderer Berücksichtigung der durch die gemäßigten Wohnbauten der wichtigsten Wirtschaftszweige der Stadt durch die Besetzung geschaffenen Lage. Im Anschluß an die Rundfahrt fand eine Besichtigung der Kunst- und Industrieausstellung Dr. Hartmanns statt, der ein gemeinsames Essen im Rosengarten folgte.

Die Befämpfung der Schnakenplage muß schon im Januar einsetzen. Es empfiehlt sich daher, daß in den Kellern, Schuppen, Ställen usw. die überwinternden Schnaken durch Abtöten oder in sonstiger Weise bekämpft werden, damit im Sommer die Plage nicht überhand nimmt.

Tauwetter und Glatteis. Die Temperaturerhöhung hat sich im Laufe des letzten Tages fortgesetzt. Die Schneereise, die nach der Strafen vorüberziehen, waren in voller Aufblühung begriffen. Es wird allerdings Zeit, daß die vereisten Unbequemlichkeiten, die selbst in den Hauptstraßen noch vorzufinden sind, verschwinden, damit die Stadt ein ruhigeres und lauberes Aussehen wieder bekommt. Heute früh ist selbst am Rhein der Schneeeis überstritten worden. 0,8° C. Wärme wurde festgestellt. In der verflochtenen Nacht betrug die tiefste Temperatur noch 1,5° C. unter Null. In den Ankerbezirken war heute morgen das Gehen sehr beschwerlich, da die Straßen mit Glatteis bedeckt waren.

Brand im Laboratorium einer Apotheke. Ein im Laboratorium der Apotheke im Hause Concordplatz 5 an der Wand aufgehängter hölzerner Trockenkasten, durch den ein Dampfer führte, geriet gestern mittag vermutlich durch Ueberhitzen des Rohres in Brand. Das Feuer, das einen Schaden von etwa 50 Mark verursachte, wurde durch die um 12,19 Uhr alarmierte Berufsfeuerwehr gelöscht.

Veranstaltungen

Theaternachricht. Morgen gelangen im Nationaltheater Roscnig „Cavalleria rusticana“ und „Bajazzo“ zur Wiederholung. „Cavalleria rusticana“ dirigiert Werner v. Bülow. „Bajazzo“ leitet Richard Lett. Die Partie des „Silvio in „Bajazzo“ singt Carl von Dörmann auf. — Das Schauspiel „Die Leherin“ von Daria Nicodemi gelangt Sonntag, 19. Januar, im Neuen Theater erstmalig zu Wiederholung. — Montag, 21. Januar, findet im Nationaltheater die Uraufführung von Georg Kaisers „Lebensin der“ ein Volksstück 1923, statt. Die Bühnenbilder sind von Heinz Grell gestaltet. Die technische Einrichtung ist von Maschinenregisseur Werner für die Drehbühne fertiggestellt.

Russisch-Romanisches Theater. Auf die heute abend im Rosenloaf stattfindende Abschiedsvorstellung des russisch-Roman-

„Casanova in Wien“ — erzieht bei seiner Uraufführung im hiesigen Deutschen Volkstheater den feinsten Erfolg. — Eine neue Oper von Ferruccio Busoni „Aust“ gelangt im Herbst an der Dresdener Oper zur Uraufführung. — Die Uraufführung von A. Strammis „Rudimentär“, einer lyrischen Komödie, wird in einer Morgenfeier der Berliner Volkshochschule E. B. stattfinden.

Kunst und Wissenschaft

Die neue Mount Everest-Expedition. Die Mitglieder der Mount Everest-Expedition sind nunmehr fest. Der Leiter ist, wie bei dem vorigen Unternehmen, der Brigadegeneral G. B. Bruce, der in der Führung, wenn es nötig wird, von Major Norton vertreten werden soll. Außer Norton gehören auch Leigh-Mallory und Howard Somervell, die auf dem vorigen Expedition die höchste Höhe von 27.000 Fuß erreichten, dem neuen Unternehmen an. Auch Kapitän Geoffrey Bruce, der wenige Tage später bis 27.250 Fuß emporstieg, wird an dem neuen Versuch der Bestimmung des höchsten Gipfels teilnehmen. Diese vier erfahrenen Bergsteiger des Himalaja bilden den Kern des diesmaligen Stütztrupps dem an neuen Möglichkeiten die Herren Odell, Beetham, Irvine und Hazard nach angehören. Major Norton wird das höchste Lager, von dem aus der letzte Aufstieg versucht wird, kommandieren. Die Bergsteiger werden mit Sauerstoffapparaten auf Grund der Erfahrungen der letzten Expedition ausgerüstet. Der Photograph der letzten Expedition, Kapitän Noel nimmt in derselben Funktion teil. Mit Genehmigung der indischen Regierung und des Dolo Lama von Tibet wird die Expedition Darjeeling Ende März verlassen und die Route der Expedition von 1922 durch das Chumbulal nach dem Kongbulal folgen. Die vorher wird das Hauptlager Ende April im Kongbulal errichtet und die neuen Versuche zur Bestimmung des Berges werden gegen Ende Mai unternommen werden.

Kleine Chronik. Im Pflanzlichen Gewerbemuseum in Kaiserlautern findet während des Monats Januar eine archaische Ausstellung prähistorischer Kunst statt. Rund 40 prähistorische Künstler mit über 250 Arbeiten haben die Ausstellung besichtigt. — Prof. Bruno Paul, der Direktor der Unterabteilung des Berliner Kunsthistorischen Museums, vollendet am Samstag sein 50. Lebensjahr. Seit 17 Jahren wirkt nun der Künstler in Berlin, seit der Einrichtungszeit, an die Spitze der Kunstverhältnisse, berufen wurde. — Das von der Zeit der Renaissance des Ariens und der darauf folgenden Hebräerperiode fast mißgenommene deutsche Schulwesen in Kaukasus hat wie aus Moskau berichtet wird, in den letzten Jahren einen trübsamen Aufschwung genommen. Gegenwärtig lebt es in Lissib ein deutsches Realgymnasium, in Nebenordner eine deutsche Oberschule, deutsche Mittelschulen in Batu und Katarinenski, außerdem armenische Volksschulen. Die Mittel zur Erhaltung dieser Schulen werden von den deutschen Konsuln einnehmend selbst anbehalten.

Die Theater wissen wir an dieser Stelle nochmals hin. Wer den Tanz in seiner ganzen Farbenpracht und bewundernden Plastik kennen lernen will, sollte nicht veräumen, diesen Abend zu besuchen. Nicht nur beim Publikum, sondern auch bei der Presse fanden diese Leistungen begeisterte Anerkennung und einstimmiges Lob.

Anthroposophische Gesellschaft. Ueber das Thema: „Die Notwendigkeit einer anthroposophischen Bewegung in der Gegenwart“ spricht am Dienstag im Saale der Loge Karl zur Eintracht Dr. G. Unger aus Stuttgart.

Der Badische Lehrerverband für Stenographie. Stolz-Schrenk lädt seine Mitglieder und ihre Angehörigen auf nächsten Samstag zu einem Langabend in der „Vereinslokal“ ein. Kommanden Montag wird in K 2 abermals ein neuer Anfängerkurs eröffnet.

Aus dem Lande

Heidelberg, 17. Jan. Ein kleiner Transport von 15 sehr erholungsberechtigter Heidelberger Kinder ist gestern abend nach Basel gebracht worden, wo die Kinder heute früh Vertretern des Berner Hilfskomitees zur Weiterfahrt in die Schweiz und zur Verteilung auf einzelne hilfsbereite Familien übergeben werden. Die Kinder bleiben dort ein Vierteljahr zur Erholung. Seit Dezember befinden sich bereits acht andere Heidelberger Kinder dort.

Mühlbach bei Heidelberg, 17. Jan. Die Gemeinde hat dem in den Ruhestand getretenen Rektor Schreiber, der über 23 Jahre an der hiesigen Volksschule tätig war, das Ehrenbürgerrecht verliehen.

Karlsruhe, 17. Jan. Ein Schreiner aus Ettlingen und ein Arbeiter von hier drängen im Garnisonlazarett, wo sie zusammen beschäftigt waren, mit Rauchschiffeln in ein Zimmer ein und stahlen daraus verschiedene Kleidungsstücke, Schnaps, Zigaretten usw., die sie Verteilung an die hiesigen Arbeitslosen bestimmt waren. Beide wurden festgenommen.

Schutterwald, 17. Jan. Zwei Burschen machten vergangenen Sonntag mit dem Zug einen Ausflug von Dillingen nach Schutterwald. Infolge der gut unterbrochenen Menge Alkohols warf der eine dem andern in der Nähe des Bahnhofs den Hut zum Fenster hinaus, worauf der Junge das Altsignal zog. Als der Zug beinahe anhielt, öffnete einer der Burschen die Türe auf der falschen Seite und fiel auf das Gleise. Nach Aufführung des Unfalls fuhr der Zug wieder weiter. Die Beiden werden sich noch zu verantworten haben.

Mühlheim, 17. Jan. Im Eichwald wurde beim Fällen einer Eiche der 13-jährige verheiratete Sohn des hiesigen früheren Stadtdärtners, Hermann Kiefer, von dem fallenden Baum totgeknallt. Die Eiche war auf einen anderen Baum ausgeglichen, rutschte ab und traf mit einem Ast den Bedauernsmerker, der nur eine kleine Wunde an der Stirn erhielt, die seinen sofortigen Tod zur Folge hatte.

Nachbargebiete

Mutterstadt, 17. Jan. Vor kurzem fiel die 53-jährige Kriegswitwe Beate Wörner von hier rüffings von der Stiege in den Hausflur. Sie blieb bewußtlos und starb nach zwei Stunden. Sie hinterläßt ein Kind von 12 Jahren.

Mainz, 17. Jan. Infolge der gestörten Rheinschiffahrt ist der Schiffs- und Güterverkehr in dem hiesigen und Gutsdamer Hafen noch sehr reger. Unter Umständen muß von 8-14 Tage auf Freiwerden eines Krans warten, da der Abgang von Rheinschiffen sehr langsam ist. Das Wasser geht täglich zurück. Am hiesigen Brückenpfeiler verzeichnet man einen Rückgang auf 1,25 Meter. Schleppkraft bietet man zur Genüge an. Der Bergschleppbohrer von der Ruhr nach Mainz schwante zwischen 120-130, nach Mannheim mit 130-140 Cents je Tonne. Schleppbohrer Mainz-Mannheim 15 Cents je Tonne. Das Angebot von leeren Röhren in allen Größen ist ein größeres als dasjenige von Lastwagen. Im Tagesmetre notiert man 2 1/2 bis 3% holl. Cents je Erdtonne und Ton. Der Rhein ist an diesen Stellen noch zugefroren. Der in Mainz gesunkene Schleppdampfer „Johanna“ wird gehoben. Der Preis für Bunkertreibstoff stellt sich auf 37-38 Goldmark.

Gerichtszeitung

Mannheimer Schöffengericht

Mannheim, 17. Jan. Der Volkshofner Valentin Berberich von Mannheim fand kürzlich in seinem Nach einen Brief aus Frankreich, öffnete ihn zu Hause, fand keine Denken darin, wie er offenbar vermutet hatte und vernichtete ihn dann. Der Brief war aber eine Falle gewesen. Die Volkshofnerwachenstelle hatte ihn in Berberichs Nach entdeckt. Obwohl es verboten ist, hatte Berberich an jenem Tage keine Taste mit nach Hause genommen. Berberich, der 18 Dienstjahre hat und nach dem Ausweis seiner vorgelegten Bescheide sonst ein wertvoller Beamter ist, wurde wegen Unterschlagung zu acht Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Reisende Alfred Blumenthal aus Frankfurt überoab am 6. Dezember vorigen Jahres am Hauptbahnhof einem jungen Burschen seinen Koffer zum Tragen, der aus Stoffe für zehn Anzüge im Werte von etwa 600 Goldmark enthielt. Als er in der Rosenarienstraße einen Kunden besuchte, sah der Bursche mit dem Koffer aus. Er landete damit bei der gerichtsbekanntem Familie Kahlecker in der Gutsdamerstraße, wo man ihm für den Koffer einen alten Krana, ein Paar neue Schuhe und 100 Mark gab. Bei der Hausdurchsuchung enthielt man im Koffer eine Waage den Stoff für noch vier Anzüge, außerdem aber 21 Paar neue Schuhe, 10 Aktien Kassarren und 49 Schachteln Kassarren, offenbar alles Diebstahl. Nun waren die Bilder Peter und Josef wegen Hehlerei angeklagt. Sie erklärten, mit der Sache nichts zu tun zu haben. Der aus der Haft als Neugeborene dritte Bruder, Anton, erklärte dagegen, daß er den Koffer erworben und den fehlenden Stoff verkauft habe. Josef Kahlecker wird freigesprochen. Peter Kahlecker jedoch in einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Sein Bruder Anton kommt früher an die Reihe.

Die Strafsahrt der Fürstenergeßlinge.

Wegen eines Raubüberfalls und schweren Raubes hatte sich der schon vielfach verurteilte Fürstenergeßling Erwin Rüdert vor dem Schöffengericht des Landgerichts Berlin I zu verantworten. Der Angeklagte war aus der Fürstenergeßlinge entlassen und wurde von der Polizei gesucht. Er trieb sich in Verberichslokalen umher und lernte hier den ebenfalls entwichenen Fürstenergeßling Weidmann kennen. Die beiden Burschen verabredeten sich nun, Weidmann die Waffengewalt anzuzurufen. Sie beschafften sich zunächst in der Mühlstraße zwei amerikanische Revolver und zogen dann zu dem Postamentengeschäft von Webers in der Christlichstraße. Hier verhafteten sie von der besagten Frau des Geschäftsinhabers mit vorgeschalteten Revolvern den „Verkauf“ von Demben. Auf das Offenergeßling der Frau eilte der 53-jährige Mann herbei. Er stürzte sich mutig auf die beiden Verbrecher. Es entstand ein erbittertes Ringen, in dessen Verlauf Rüdert den alten Mann mit einem Schlag zu Boden streckte und schwer verletzte. Wegen des Ueberfalls war der Rüdert Weidmann bereits im Juli zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Rüdert war damals, als er dem Gericht zur Aburteilung vorgeführt wurde, mit einem Gefängnis zum Heften hinaus entwichen. Er ist erst später wieder aufgegriffen worden. Der Staatsanwalt beantragte jetzt wegen ihm die Verhängung der Frage nach verhängtem Totschlag und schwerem Raub. Die Geschworenen bejahten die Frage nach schwerem Raubverbrechen, worauf das Gericht den Angeklagten zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis und fünfjährigem Ehrverlust und Inhaftigkeit des Polizeiaufsicht verurteilte.

Größtliche Nachruf eines Göttingens-Ärztlers. Vor dem Schöffengericht Mannheim das vorgestern oftmals ohne Schöffen verhandelte Land der Auszug eines Göttingens-Ärztlers, den dieser im Sommer d. J. nach Weibheim unter dem Namen „Rudolph“ vertriebenem Mitglieder dieses Vereins hatten sich im Göttingens-Ärztler Ausschreitung zu schließen kommen lassen, muß ein hier zu Besuch weilender Reichswehrsoldat durch Ruffertische Scherz verlegt werden war. Folgende Bericht wurden verurteilt: Heiter Peter Ruff zu 2 Monaten Gef-

